

Beim Pass passt der Service public ausnahmsweise auch der SVP

Dem Volk verkündet die Schweizerische Volkspartei lautstark auf allen Kanälen ihr Engagement für die breiten Bevölkerungsschichten. Themen wie öffentliche Sicherheit oder eine starke Schule gehören an vorderster Front dazu. Im Grossen Rat erlebe ich aber, wie gerade diese Partei stets Nein zu solchen Anliegen sagt, weil halt mehr Polizisten und Lehrpersonen oder notwendige Reformen nicht gratis zu haben sind. Diese Kluft zwischen medialem Anspruch und realem Verhalten wird natürlich nicht an die grosse Glocke gehängt. Aber das ist nachvollziehbar, wenn man Steuersenkungen zugunsten der Reichen zur Priorität erklärt und gleichzeitig populär sein will.

Und beim biometrischen Pass soll nun plötzlich alles anders sein! Lokale Grossräte der SVP bekämpfen das mit grosser Mehrheit beschlossene Vorgehen beim Ausstellen dieser Dokumente, obwohl sie wissen, dass die Umsetzung ihres Postulats unverhältnismässig hohe Kosten verursachen würde. Jedes zusätzliche Büro führt zu massiven Mehrkosten, weil der Bund vom Kanton eine zentrale Erfassungsstelle verlangt. Also müsste durch aufwändige IT-Vernetzung dafür gesorgt werden, dass für Bern nur eine Anlaufstelle besteht. Zudem müssten mehr Angestellte ausgebildet und alle Büros durch spezielle Sicherheitseinrichtungen für biometrische Passstellen geschützt werden.

«Aber hier geht es nicht primär um Finanzen, sondern um Fragen wie Bürgernähe, Bürgerfreundlichkeit und Bürgerservice,» heisst es im Postulat. Da kann ich mich des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass auf einem kleinen Nebenschauplatz Einsatz für echten Service public markiert wird, damit man dann dort, wo es die breite Bevölkerung empfindlich trifft, wieder um so unverfrorener sparen kann. Gut finde ich hingegen den Aufruf zur Prüfung, ob in den Aargauer Randregionen die Erfassungszentren der Nachbarkantone benützt werden könnten. Warum soll hier nicht klappen, was bei der Motorfahrzeugkontrolle schon längstens problemlos funktioniert? Das wäre dann eine bürgerfreundliche Lösung ohne markante Mehrkosten.

Peter Koller, Rheinfelden
Grossrat SP